

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: A. Wölfe, Hertenstein & Wölfe, G. E. Dautz,
 Invalidentanz. Berlin: Bernh. Arndt, Mar. Gersmann,
 Eberhard W. Thienes, Gertrud W. Jülich, Halle a. S.
 Jul. Bard & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, A. Richter,
 William Wilsen. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
 Geim. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 1. Mai.

Deutscher Reichstag.

81. Plenar-Sitzung vom 1. Mai,
 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher.
 Das Haus geht die Beratung des Börsen-
 Gesetzes bei § 47 fort mit der Debatte über den
 Antrag Fuchs-Schwarze auf Verbot des börsen-
 mäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlen-
 fabrikkaten.
 Abg. Schönant (Sdb.) legt die Vor-
 theile des Terminhandels dar, der einestheils
 für Vorräthe Sorge, wenn Mangel drohe — zum
 Vortheil des Konsumenten — anderenfalls recht-
 zeitig durch Verkäufe einschreite, wenn Ueberschuß
 in Sicht sei, — zum Vortheil des Produzenten.
 Mit Recht habe der Reichstag die Terminpreise
 bezeichnet als Währungszeichen, als Alarm-
 signale, wodurch übergroßen Preisschwankungen
 vorgebeugt werde. Das sei der Segen des Ter-
 minhandels, und dessen Verbot sei einfach eine
 Prämie des Produzenten. Die Agrarier wollten
 mit diesem Verbot lediglich hohe Preise, worauf
 ja auch der bekannte Antrag Kanis hinauslaufe.
 Wie kämen auch sonst gerade die Agrarier dazu,
 sich so über die Spekulation zu ereifern, mit Zöllen
 und Antrag Kanis und mit all den vielen Erbes-
 gaben spekulierten dieselben ja doch selber auf
 hohe Preise! Die gefirte Erklärung von Ver-
 leichs ist eine förmliche Kapitulation vor den
 Agrariern gewesen mit ihren Wendungen über
 die üblen Folgen des Terminhandels. Dem
 Bundesratsherrn die Befugnisse zu geben,
 sei deshalb durchaus unangebracht, um so
 weniger, als man nicht wisse, was für Minister
 nachkämen; heutzutage wüssten die ja wie die
 Alumen aus dem Felde, wenn Lucanus käme!
 Redner beleuchtet sodann die agrarischen Nei-
 gungen in der national-liberalen Partei. Die
 Kavallerie des Herrn v. Börsch schreie diese
 Herren an ihre Wägen. (Lauter Beifall.) Die
 Herren aus der Agrarpartei. (Lauter Beifall.)
 Auch das Verhalten des Zentrums sei ein
 eigenartiges. In der Kommission sei das Verbot
 des Terminhandels erst angenommen, dann mit
 Rücksicht auf die Interessen der Zentrums-
 Mitglieder, die das Verbot beantragten. Wenn
 einmal die Gesetzentwürfe des Parlaments
 geschrieben werden, werde sich erst zeigen, was
 da hinter den Kulissen gespielt habe. Mit dem Verbot
 des Terminhandels arbeiteten die Agrarier nur für
 seine, die sozialdemokratische Partei. Diese habe
 in der Kommission ernsthaft mitgearbeitet, ihre
 definitive Stellung zu dem ganzen Gesetze aber
 mache sie von der Entscheidung dieser Frage, also
 von der Ablehnung des Verbots des Termin-
 handels, abhängig.
 Abg. v. Bötticher (Ztr.): Der Vorredner
 meint, wir arbeiten auf alle Fälle für seine
 Partei. Ja, weshalb ereifert er sich denn so?
 Warum dieses Pathos für eine richtungslose Ein-
 richtung? Die Fragen über die Auswirkung des
 Terminhandels sind doch nun allmählich sehr alt.
 Die Agitation für und wider arbeitet freilich
 viel zu sehr mit Schlagworten. Ich lasse mich
 daher auch nicht durch die moderne landwirth-
 schaftliche Agitation in dieser Frage leicht beein-
 flussen. Ich bin auch gar nicht sicher, ob nicht,
 wenn wir den Antrag Schwarze-Fuchs annehmen,
 die Landwirthschaft nach ein paar Jahren kommen
 und sagen: wir haben einen Fehler gemacht, wir
 müssen die Sache rückgängig machen. Ich richte mich
 daher nach den Thatfachen und praktischen Er-
 wägungen. Thatsächlich liegt der Fall so, daß
 beim Terminhandel nicht der Ausgleich von An-
 gebot und Nachfrage, sondern nur das Verbot
 an schwachen Preisen bezweckt wird; dies ist
 das Lebenselixier des Terminhandels, das
 Schwanke der Preise! Legitim, wohlgelitten,
 wirkt nur ein ganz kleiner Theil des Termin-
 handels, der größte Theil will nur spekulieren;
 wenn die Preise hoch sind, auf die Waage, und
 umgekehrt! Das meine Freunde diese Frage
 nicht von vornherein einseitig beantwortet
 haben, ist begreiflich, aber je weiter die Dis-
 kussion vorgerückt ist unter uns, desto mehr hat
 sich die Ueberzeugung unter uns Bahn gebrochen,
 daß es nicht wohlgehehen ist, im Interesse des
 kleineren, legitimen Theils des Terminhandels,
 auch den größeren, illegitimen, schädlich wirkenden
 Theil fortzuwirken zu lassen. Eine Scheidung
 zwischen legitimem und illegitimem Terminhan-
 del läßt sich, so erwünscht das auch wäre im
 Interesse des legitimen, leider nicht durchführen.
 Redner führt dann noch aus, daß die Vertreter
 der Industrie konsequent sich ein Verbot des Ter-
 minhandels in Getreide durchaus gefallen lassen,
 verbreitet sich über die Massenpekulation in
 „Papierweizen“, dieser Fehlerquelle der Preisbil-
 dung, und schließt: jetzt ist der entscheidende
 Augenblick für das Haus, den Schritt zu thun
 und die Regierung, wenn sie es wünscht, zu ent-
 lasten. Die Verantwortung würde freilich nicht
 allein getragen von diesem Hause, sondern zu-
 gleich von der agrarischen Agitation. Er lenke
 nicht, daß ihn selbst diese energiegelagte Agitation
 zu Gunsten des Verbots einen großen Eindruck
 gemacht habe. Und wie er, so denke ein
 großer Theil seiner Freunde. Der andere
 Theil denke nicht so entschieden über die
 Frage, werde aber gleichfalls für das Verbot
 stimmen. Und zwar davon ausgehend, daß der
 größte Theil des Terminhandels ein Unflut sei,
 der abgeschafft werden müsse, gleichviel welches
 die Folgen seien. Dabei seien diese Elemente
 des Zentrums keineswegs richtige Agrarier.
 Wir thun diesen Schritt geschlossen, aus ersten
 Motiven und nicht der Agitation wegen. (Leb-
 hafter Beifall.)
 Unterstaatssekretär Nothe: Ich glaube,
 daß die Freunde des Antrages zu sehr aus-
 gehen von den Auswüchsen des Terminhandels;
 sie übersehen aber dabei, daß ja die ganze Vor-
 lage eben bezweckt, diesen Auswüchsen entgegen-
 zutreten. Dazu werden auch die Bestimmungen
 der Vorlage anzureichen. Bei sehr unmerk-
 lichem Hause erbittet demgemäß der (schwer zu
 verheißende) Redner Ablehnung des Antrages
 Schwarze-Fuchs.
 Abg. Graf Kanis (kon.): Ich habe die große
 Bedeutung der jetzt zu fällenden Entscheidung
 hervor und wendet sich namentlich gegen die Aus-
 führungen Schönants und Fuchs's. Vorgehen
 sei von Herrn Fuchs an seine Bremer Rede
 erinnert worden, ja, wenn er sich in einer so
 ausgezeichneten Gesellschaft befindet, wie in
 Bremen, daß er gern bereit, so zu sprechen.

Aber die Hamburger und Bremer Börsen stelle
 er nicht auf eine Stufe mit der Berliner, wenn
 er auch zugebe, daß es auch an der hiesigen
 Produktenbörse ehrenwerthe Leute gebe. Bei
 dem Getreidebörsehandel überwiegen zweifellos
 die Nachteile, und da sei das
 Verbot das einzige Richtige.
 Abg. v. Bötticher (nl.): Nach der
 Erklärung des Abg. Bötticher ist das Schicksal
 des Antrages entschieden. Namens meiner
 Freunde habe ich aber noch zu erklären, daß
 auch wir uns nach langen und eingehenden Er-
 örterungen einstimmig entschieden haben, für das
 Verbot des börsenmäßigen Getreidebörsehandels
 zu stimmen. Es ist ja möglich, daß nach
 Jahre langen Erfahrungen die Regierung
 der Aufhebung des Verbots zu machen; aber je-
 denfalls haben wir unseren Beschluß gefaßt, nicht
 aus Anlaß der Agitation, sondern auf Grund
 selbstständiger Erwägungen. Von den Land-
 wirthschaften erwarten thatsächlich auch diejenigen
 Kreise, welche sich nicht zum Antrage Kanis
 stellen, Vortheile von der Aufhebung dieses
 Terminhandels. Und auch den Sachverständigen,
 welche sich in diesem Sinne vor der Enquete-
 Kommission geäußert haben, darf man doch wohl
 Vertrauen schenken. Auch in Bezug darauf,
 daß die börsenmäßigen Termingeschäfte in Ge-
 treide nicht unbedingt notwendig sind. Meine
 Freunde sind fest überzeugt, die Schäden dieses
 Terminhandels sind viel größer, als die möglichen
 Gefahren aus der Aufhebung desselben.
 Nunmehr wird ein Schlussantrag von Rechts
 und von Zentrumsmitgliedern gestellt und ange-
 nommen.
 Abg. Pöschel bemerkt, er bedauere, nicht
 zum Worte gekommen zu sein, sonst würde er
 Herrn Singer eine Antwort auf dessen neuliche
 Aeußerungen gegeben haben.
 Abg. Graf Arnim (Reichsp.): Meine
 Freunde werden für den Antrag stimmen. Auch
 diejenigen von uns, die anfänglich geschnitten
 haben, sehen sich doch dazu bewegen, angesichts
 des einstimmigen Votums der Landwirtschafts-
 kammer.
 Abg. Graf Bernstorff-Neuzen (Welfe)
 erklärt ebenfalls, seine Freunde würden für den
 Antrag stimmen.
 Nunmehr wird der Antrag Schwarze-
 Fuchs in namentlicher Abstimmung mit 200
 gegen 39 Stimmen angenommen. Gegen
 den Antrag stimmten nur die beiden freisinnigen
 und die sozialdemokratischen Parteien. Bei Ver-
 bindung des Ergebnisses erschollen lebhafteste
 Bravo's.
 Die §§ 48-72 werden debattelos erledigt.
 § 72a, von der Kommission neu eingefügt,
 behandelt die Einwirkungen auf den Börsenpreis
 durch Mittheilungen in der Presse, und die
 Unterlassung solcher Mittheilungen gegen Ge-
 währung oder Verpfechtung von Vortheilen.
 Abg. v. Bötticher (Ztr.) beantragt, nur die „be-
 trügerischen“ auf Täuschungen berechneten Mit-
 theilungen unter Strafe zu stellen, ebenso die
 Unterlassung der gegen Verpfechtung von „unver-
 hältnismäßigen“ Vortheilen.
 Nach kurzer Debatte wird der Antrag ab-
 gelehnt.
 Auch der Rest des Gesetzes wird in der
 Fassung der Kommission angenommen.
 Gleichfalls angenommen werden die beiden
 von der Kommission beantragten Resolutionen
 betreffend den Terminhandel in Ranzung, so-
 wie betreffend eine jährliche Emissions-Sta-
 tistik.
 Sodann verläßt sich das Haus.
 Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.
 Tagesordnung: Interpellation Meyer betr.
 Konzentrationfrage; Interpellation betr. Ver-
 handlung eines; endlich Abgabendar für den
 Nordostsee-Kanal, erste Lesung.
 Schluss 5 1/2 Uhr.

Die Eröffnung der Berliner Gewerbe-Ausstellung.

Unter der herrlichen Kuppel des Hauptaus-
 stellungsgebäudes vollzog sich der feierliche Akt
 der Eröffnung, im Angesichte des Kaisers und
 der Kaiserin. Ueber den wunderbaren Raum,
 der vom Glanz der Uniformen, von der Pracht
 der Toiletten überstrahlt, lag das goldige Licht
 der Laternen und ließ alle Reize des Kuppel-
 baues noch schöner und glänzender hervortreten.
 Das Kaiserpaar war mit der „Alexandria“
 gekommen. Als die Landung vor sich ging,
 ertönten Böllerschüsse, gleichzeitig klangen die
 Fanfaren. An der Landungsbrücke standen
 zwei Obermaat mit Gewehr. Das Kaiserpaar
 wurde vom Arbeitsauschuss und dem Handels-
 minister v. Bötticher begrüßt. Geh. Kommerzien-
 rath Goldberger überreichte der hohen Frau ein
 prachtvolles Bouquet, das die Kaiserin mit Dank
 entgegennahm. Als das Kaiserpaar an dem
 Ehrentempel vorbeikam, trat Prinz Friedrich
 Leopold, der hier der Ankunft des Kaiserpaars
 harre, auf das Paar zu. Er begrüßte die Kaiserin
 durch einen Handschlag und reichte ihr den Arm.
 Dem Kaiser, der gleich nach der Landung die
 Front der Ehrenkompanie abgegriffen war,
 ging der Handelsminister zur Seite.
 Beim Eintritt der hohen Gäste in den
 Kuppelsaal ertönten tausendfache Hochrufe. Nach
 allen Seiten grüßend, begab sich das Kaiserpaar
 unter den Baldachin, während die Berliner Lieber-
 tafel den Wagnerschen Kaiserpaar aufwartete, der
 wie weißer, mächtiger Orgelklang den Raum
 durchkranzte.
 Dann trat Herr Kommerzienrath Kühnemann
 vor den Kaiser und begrüßte ihn durch folgende
 Ansprache:
 „Allerdurchlauchtigster, Allmächtiger Kaiser,
 Allergnädigster Kaiser, König und Herr!
 Das Wort, dem die gesamten Gewerbe
 unserer Stadt in opferfreudigem Wirken jahre-
 lang ihre besten Kräfte geweiht — das Wort,
 das selbstlose Bürger zu fördern suchten mit
 deutschem, hingebendem Fleiß — das Wort, das
 da künden sollte weit über die Grenzen unserer
 Heimath hinaus von der jugendfrisch empor-
 geblühten Stadt, ihrer Schaffenslust und thätigen
 Kraft; das Wort, es ist vollendet! Und hat es
 auch manche Stunde heißer Mühe gekostet, sich
 fühlen wir uns in dem heutigen Augenblick durch
 die Gnade, beehrt, daß Ew. Majestät uns
 beehrt haben in höchstgütiger Person der
 Eröffnung beizuwohnen. Der Entschluß ist er-
 schienen, um dem Werk seine Weihe
 zu geben, welches das Gedächtnis seines
 hochseligen Gründers feiern soll, jenes ruhm-
 gekrönten Herrschers, der die Sehnsucht der
 Völker der Nation erfüllte, der uns ein großes,
 ein freies, ein starkes Deutschland schuf. 25
 Jahre sind vergangen seit jenen weltgeschichtlichen
 Ereignissen, Kaiser Wilhelm der Große weilt
 nicht mehr unter uns; doch wie man seiner ge-
 denkt, das zeigen in ergreifender Weise die
 Jubelfeste, welche die Deutschen in ihrer Hei-
 math und allüberall, wo die deutsche Zunge
 klingt, sich eins haben fühlen lassen in der Liebe
 zu dem großen Dahingefahrenen. Als Mit-
 glied der Nation nur von dem einen Gedanken durch-
 drungen, seiner Freude über die wieder-
 erlangte Einheit Ausdruck zu geben, so einmüthig
 so überwältigend-großartig, wie es die Welt noch
 nicht gesehen, da entstand auch in Berlin der
 Gedanke, jenen Tag hoher Weihe nicht ohne
 würdige Feier vorübergehen zu lassen, Ihm, der
 gelobte: „Allzeit ein Herrscher des Friedens“ zu sein
 an den Gütern und Gaben des Friedens“, sollte
 ein Friedensdenkmal errichtet werden, um Zeug-
 nisse abzulegen von dem Dank seiner Nation.
 Nichts Kleines ist es, wenn ein Volk solches
 seinem ersten Kaiser bezeugen will. Verloren
 schien daher der Plan, zu friedlichem Wettstreit
 die Völker der Welt zu laden, auf daß es offen-
 bar würde, wie das junge deutsche Reich sich
 nicht nur den Lorbeer des Sieges gepflückt, daß
 es auch die Palme des Friedens errungen —
 doch es sollte nicht sein. Und wieder hoffte
 man, die geeinten deutschen Länder möchten sich
 die Bruderhand reichen, gemeinsam den fremden
 Nationen ihr eigenes Können zu zeigen — das
 Gedächtnis hat es anders gewollt.
 Da befam Berlin sich seiner selbst. Nicht
 umsonst macht es Anspruch darauf, die erste In-
 dustriestadt der Welt zu sein, die ihre Größe
 nicht der Günst der Verhältnisse verdankt, son-
 dern der Einsicht, der Arbeitskraft und dem
 Fleiß ihrer Bürger. So hat Berlin sich dem
 zusammen, Gewerbe und Industrie vereint sich
 mit Kunst und Wissenschaft, und ihrer Ver-
 einigung Lohn ist dieses Werk, das als stralen-
 reiches Symbol rastlosen Bürgerfleißes gelten
 kann, berufen, den Ruhm der Stadt zu mehren,
 die sich mit Stolz Ew. Majestät Residenz- und
 Hauptstadt nennt.
 Und da auf Berlin als solche die Augen
 der Welt sich richten, erweiterten wir nach Mög-
 lichkeit den beschränkten Rahmen einer Lokalaus-
 stellung, um höheren Zwecken zu dienen. Fern
 stellen wir Raum der deutschen Fischereiausstel-
 lung, die — glanzvoll bei uns vorgeführt — in
 die weitesten Kreise den menschlichen Schöpfung
 des Meeres Eingang verschaffen und sie zur wahren
 Volksbildung erheben soll. — Mit Freunden be-
 grüßten wir die deutsche Kolonialausstellung, von
 der wir Erweiterung und Vertiefung ihrer hohen
 patriotischen Aufgabe erhoffen. Nach anderen
 Zweigen deutschen Gewerbetlebens öffneten wir
 unsere Pforten, jodab Berlin ihr Sitz war.
 Wer ein hohes Ziel erstrebt, darf vor keinem
 Hindernis zurückweichen, und gar viele Galt es
 bei diesem unferen Werk zu überwinden. Doch
 es war ein freudiges Ringen, und der Geist
 froher Zuversicht durchwachte die Reihen der
 mannhaften Kämpfer. Fühlten wir alle uns
 doch getragen von dem Hochgefühl: Ew. Majestät
 will uns wohl. Haben schon zu allen Zeiten, in
 Kriegen und Friedenszeiten, die Hohenzollern
 ihre mächtige Hand schirmend über unsere Stadt
 gehalten, so haben Ew. Majestät der Älteren
 Ueberlieferungen bewahrt, und in dem jetzigen
 Augenblick fühlen wir verdoppelt und dreifach
 die Verpflichtung ehrerbietigsten Dankes und
 tiefster Ergebenheit. Ew. Majestät geruhen
 unser Werk sein gnädigstes Wohlwollen zu
 spenden, bewiesen uns oft und wiederholt die
 gütigste Theilnahme, verschaffen uns den Beifall
 der Verwaltung und Behörden, daß der Weg
 zum Erfolg uns erleichtert wurde. Ja,
 mehr noch als dies. Unter die Zahl der Aus-
 steller ist Ew. Majestät getreten, und verschiedene
 unserer Gruppen zeugen von der Allerhöchsten
 Guld.
 Unverzagt und froher Hoffnung schaut unser
 Blick der Zukunft entgegen, und nicht erschreckt
 uns, was sie bringen wird. Denn sicher ver-
 trauen wir unserem Herrn, dessen Friedenspolitik
 allen Zweigen der Gewerbe für lange Zeit hin-
 aus blühendes Gedeihen und feste Fortentwick-
 lung verleiht. Drum spricht hier die Stimme
 des Volkes; drum dankt sie ihrem kaiserlichen
 Herrn; drum soll sie laut verkünden in jubelndem
 Wiederhall: S. Majestät, der Kaiser lebe hoch!
 Dreimal wiederholte sich der stürmische Zur-
 ruf, für den der Kaiser durch Reigen des Haupt-
 zes nach allen Seiten dankte. Die Musik intoni-
 rte hierauf die Kaiserhymne, die von den An-
 wesenden mitgeführt wurde.
 Hierauf wandte sich Herr Baumeister und
 Landtags-Abgeordneter Feilich an den Protektor
 Prinzen Friedrich Leopold und begrüßte den-
 selben.
 Beide Redner wurden leider nur von den
 nächststehenden verstanden, mit deutlicher, der
 ganzen Raum durchdringender Stimme sprach
 hierauf Herr Geheimrath Goldberger den
 Ehrenpräsidenten und der Stadt Berlin den
 Dank aus:
 „Mit Ew. Majestät, unseres geliebten
 Kaisers und Königs huldvoller Genehmigung, die
 eine Auszeichnung ist für uns, wie für die, denen
 unser Wort gilt, damit ihnen Ehre werde, da sie
 Ehre verdienen:
 Ein Fest der Arbeit ist es, das wir feiernd
 beginnen.
 Möge unser Werk vor dem Urtheil der Welt
 bestehen.
 Eine arbeitsfreudige und leistungsfähige In-
 dustrie, ein tüchtiger und zuverlässiger Kauf-
 mann- und Gewerbestand gehören zu den Grund-
 pfeilern eines jeden Staats- und Stadtlebens,
 das gedeihen soll. Das hat das ruhmreiche Ge-
 schlecht der Hohenzollern und, dem erlauchten
 Beispiel nachgefolgt, Berlins Stadtverwaltung
 erkannt und der wirtschaftlichen Thätigkeit
 verständnissvollste Unterstützung angedeihen lassen.
 Dadurch, daß Preussens Minister für Handel
 und Gewerbe das Ehrenpräsidium der Aus-
 stellung übernahm und überall fürstlich för-
 dert uns zur Seite stand, war dem Werke
 freier Selbstverwaltung das Wohlwollen des
 Staates gesichert — die Stadt Berlin hat uns
 hochherzig den Boden gegeben, darauf wir
 stehen.
 Des Himmels Segen ruht seit Jahrhunderten

Stadtschulrath wolle zwar aus taktischen
 Gründen nicht mit allen seinen Wünschen
 mit einem Male heraus! Entgegen dem Wunsch
 mehrerer Mitglieder der Schuldeputation habe
 er bisher keinen ausführlichen Bericht über die
 Gesamtheit der von ihm noch für nötig ge-
 haltenen Schulbauten gegeben; aber nur, weil
 die Stadtverordnetenversammlung über die Höhe
 dieser Ansprüche denn doch füglich werden
 könnte! Es sei aber leider als sicher anzu-
 nehmen, daß noch mehr Wünsche nachkämen.
 (Hört! Hört!) Der Herr Stadtschulrath trage sich an-
 schließend mit dem Gedanken, alle älteren Schul-
 häuser zu verwerfen. (Hört!) Die Konsequenz
 eines derartigen Gedankens werde noch dahin ge-
 langen, aus hygienischen Forderungen den Ab-
 bruch der ganzen Altstadt zu verlangen. (Seitert!)
 Redner wendet sich gegen den übertriebenen Eifer
 den neueren Schulbauten, den er zahlenmäßig
 nachweist. Die Barnimische sei doch auch
 schon nach neuem Systeme gebaut; bei 13
 Klassen und dem in dem Etat angegebenen
 Miethswert von 257 185 Mark koste die Klasse
 durchschnittlich einen jährlichen Miethszins von
 715 Mark. Die zweite Knabenmittelschule, die
 vor kurzem vollendet wurde, auf dem Klostergelände
 534 000 Mark gekostet, das mache bei gleich-
 falls nur 18 Klassen einen jährlichen
 Miethszins von nicht weniger als
 1540 Mark für jede einzelne
 Klasse! (Große Bewegung! Auf: Un-
 glaublich!) Von den Gemeindeschulen koste
 nach dem Etat pro 1896-97 an jährlichem
 Miethszins jede Klasse in der Schule in der
 Postfaherstraße 218,75 Mark, auf dem Klostergel-
 ande 377,10 Mark, auf dem Wolfgarten 500
 Mark, auf der Galtwieße 316,50 Mark, in der
 Soufflenstraße 621 Mark, auf dem Bäderberg
 650 Mark, in der Buggenbagenstraße 665 Mark;
 in den zuletzt gebauten Schulen aber, in der
 Schule in der Stollingstraße 900 Mark (Hört!
 Hört!) und in der Schule in der Barnimstraße
 sogar 1180 Mark. (Hört! Große Bewegung.)
 Ein jährlicher Miethszins für eine
 Klasse von 1540 Mark bei einer Mittelschule
 und ein jährlicher Miethszins für eine
 Klasse bei einer einfachen Gemeindeschule von
 900 oder gar 1180 Mark müßte als ein ganz
 übertrieben hoher bezeichnet werden. (Sehr
 richtig!) Es sei daher denn auch kein Wunder,
 daß bei diesem Zins das in die städtischen
 Schulbauten gesteckte Kapital in ganz un-
 verhältnismäßiger Weise sich erhöht habe! In
 den letzten 6 Jahren habe sich der Werth der
 städtischen Schulbauten von 3 243 116 Mark
 auf 5 319 897 Mark, also um rund 2 100 000
 Mark oder 70 Prozent erhöht, während die
 Zahl der Schulkinder in demselben Zeitraum
 nur von 14 595 auf 18 093 oder nur um 24
 Prozent gestiegen sei. (Hört! Hört!) Von
 dem Mehr von 2 100 000 Mark entfielen
 auf die höhere Mädchenschule ca. 400 000 Mark,
 auf die Mittelschulen ca. 500 000 Mark, auf die
 Gemeindeschulen ca. 1 200 000 Mark. Die
 letzteren seien durch das Ordinarium zu decken,
 jedoch das Ordinarium in der That nach dem
 Durchschnitt der letzten 6 Jahre mit jährlich ca.
 200 000 Mark bloß für Gemeindeschulbauten zu
 belasten gewesen wäre! (Hört!) Jetzt lege
 man der Stadtverordnetenversammlung wieder
 drei neue Schulprojekte mit einem Kostenauf-
 wande von ca. 1 400 000 Mark vor, so daß mit
 der im Bau begriffenen Knabenmittelschule
 wieder binnen längstens drei Jahren weitere
 2 000 000 Mark zu obigen 5 319 897 Mark
 hinzukämen, daß also das in Schulbauten an-
 gelegte städtische Vermögen sich in nur neun
 Jahren von ca. 3 200 000 Mark auf ca.
 7 300 000 Mark oder um 125 Prozent erhöhen
 würde. (Große Bewegung!) Hiernach wird
 nach Ansicht des Redners bei den neueren Schul-
 bauten mit dem städtischen Vermögen in unver-
 antwortlicher Weise gewirtschaftet! (Redner er-
 hebt wegen dieses Ausdrucks einen Ordnungsruf,
 er wenigstens wolle nicht ohne Widerspruch
 an derselben theilhaben. Es kommt hinzu, daß
 das Aufgeben der älteren Schulkinder in der
 Stadt doch auch direkt eine Entwertung des
 städtischen Vermögens bedeute (Sehr richtig!),
 denn aus dem Spiegel für Schulzwecke gebauten
 städtischen Grundstücken werde bei einem Ver-
 kaufe sehr wenig herauskommen, da dieselben
 doch für Privatzwecke total ungeeignet werden
 müßten. (Sehr richtig!) Redner könne es wohl
 verstehen, daß der Herr Stadtschulrath gerne
 schöne Schulen haben wolle, und daß der Herr
 Bauath bei seinem hochentwickelten Sinn für
 große städtische Bauten herstellten wolle, aber er
 wolle es der Mehrheit dieser Versammlung zum
 Vorwurf, daß sie den zum Theil übertriebenen
 Ansprüchen der Magistrats-Dezernenten nicht mit
 der nötigen Energie entgegengetreten sei. Er
 bitte aus finanziellen Rücksichten die Vorlage
 abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)
 Herr Dr. Graßmann weist darauf hin,
 daß die Ausgaben für die städtischen Schulen
 bereits jetzt die ganzen Einnahmen über-
 steigen, welche die Stadt aus dem 110prozentigen
 Zuschlage zur Einkommensteuer haben
 würde. (Hört! Hört!) Können jetzt die vor-
 gelegten Projekte des Herrn Stadtschulrath zur
 Ausführung, so ließe sich eine abermalige
 und sehr wesentliche Erhöhung
 der Zuschläge zur Einkommensteuer und zu den
 Realsteuern nicht vermeiden. (Hört!) In einem
 solchen Augenblicke müßte er Anbern die Ver-
 antwortung dafür überlassen, Schulen zu bauen,
 zu denen die Stadt keine gesetzliche Verpflichtung
 zum Bau von Mädchenmittelschulen, auch sei
 dem thatsächlichen Bedürfnis nach solchen durch
 die bestehenden privaten Mädchenmittelschulen
 durchaus Rechnung getragen; eventuell ständen
 auch der Neuerrichtung einer weiteren privaten
 Mädchenmittelschule keine Hindernisse ent-
 gegen! Wozu also vermeintliche Ausgaben
 der Stadt aufheben! Der Herr Stadtschulrath
 sage zwar, die städtischen Mädchenmittelschulen
 fänden bei der Bevölkerung mehr Vertrauen als
 die privaten. Das sei aber lediglich eine un-
 erwiesene Behauptung! Es könne nicht in Abrede
 gestellt werden, daß die privaten Mädchenmittelschulen
 den jetzigen Ansprüchen genügen. Die-
 selben unterschänden doch auch der Aufsicht des
 Herrn Kreisinspektors und es sei durchaus
 unzuflüssig, daran zu zweifeln, daß dieselben nicht
 Manches genug sei, bei etwaigen Mängeln der
 privaten Mädchenmittelschulen auf Abhilfe zu
 bringen. (Sehr richtig!) Der Herr

ten auf den mit Weisheit begnadeten Fürsten
 dieses Landes und auf dem ausdauernden Fleiße
 seiner Bewohner.
 Was Berlin geworden und aus welchen An-
 fängen es hervorgegangen, das zeigt dieses Ge-
 lände in der Gegenüberstellung von Jetzt und
 Einst in lebendigem Bilde. Mit stolzer Ge-
 nugung dürfen wir auf das Erreichte schauen,
 und vor Ueberhebung schützt uns die Erinnerung
 an der Vorfahren Verdienst, die in Noth und
 Drang und targer Zeit zu unserer mächtigen
 Gegenwart den Grund zu legen verstanden.
 So wurde des Reiches Mark zum Mark des
 Reiches, zu seinem Mittelpunkt, Berlin zu des
 Reiches erste Stadt.
 Berlins Vertretung ist den Verpflichtungen,
 die diese Größe auferlegte, mit edler Freigebig-
 keit nachgekommen.
 In unserem Werke zeige sich unsere Erkennt-
 lichkeit.
 Im Namen der Ausstellung bringe ich dem
 Ehrenpräsidenten und der hochherzigen Stadt
 freudigen Sinnes innigsten Dank!
 Als auch diese Worte verklingen, bittet der
 Ehrenpräsident Staatsminister von Bötticher den
 Kaiser, die Ausstellung für eröffnet zu erklären.
 Diese Erklärung erfolgt durch bejahendes Nicken
 des Kaisers — die Ausstellung ist eröffnet!
 Von oben herab ziehen groß und ergreifend
 wunderbare Töne herüber — Beethovens
 herrliche Hymne: „Die Himmel rühmen den
 Ewigen Ehre“ tönt durch die Räume. Unter
 ihren machtvollen Klängen verläßt das Kaiser-
 paar die Thronstube, um den Rundgang durch
 die Ausstellung anzutreten, während die glanz-
 volle, tausendköpfige Versammlung, soweit sie
 nicht den allerhöchsten Herrschaften folgt, den
 Ausgängen zufließt. Um 11 1/2 Uhr war der
 Eröffnungskakt in der Rotunde beendet.

Deutschland.

— Berlin, 1. Mai. Der „Reichsanzeiger“ ver-
 öffentlicht eine Verfügung des Reichskanzlers
 vom 22. April 1896 wegen Ausübung der
 Strafrechtsbarkeit und der Disziplinarergänzung
 gegenüber den Eingeborenen in den Schutz-
 gebieten. Danach wird die Strafrechtsbarkeit
 über die farbige Bevölkerung von dem Gouver-
 neur des Bezirksamtes geführt. Die Ver-
 handlung einer Strafsache ist nur unter be-
 sonnen Bedingungen gestattet und darf gegen
 Araber, Ninder und Frauenpersonen nicht erlaubt
 werden. Die endgültige Verhängung der Todes-
 strafe steht einzig und allein dem Gouverneur
 zu. In Fällen, wo der Bezirksamtsmann auf
 solche erkannt hat, ist sofort dem Gouverneur
 unter Einbringung des Aktenmaterials Bericht zu
 erstatten. Die Bezirksamtsmänner und Stations-
 vorsteher zc. haben vierteljährlich über die voll-
 streckten Strafen an den Gouverneur zu be-
 richten. Diese Berichte sind dem Auswärtigen
 Amte (Kolonialabtheilung) vorzulegen.
 In der Budgetkommission des Abgeordneten-
 Hauses wurde heute die Novelle zum Gesetz über
 die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung
 des gesellschaftlichen Personals (Er-
 höhung des Grundkapitals auf 20 Millionen
 Mark) nach unversetzter redaktioneller Ab-
 änderung des § 1 einstimmig angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Mai. Bisher ist Alles ziemlich
 ruhig verlaufen, nur in einzelnen Vororten
 wurden in Werksstätten, wo gearbeitet, einige Fenster-
 scheiben eingeschlagen. Bei den Versammlungen
 hielten die Parteiführer ziemlich maßvoll ge-
 haltene Reden. Ueberall wurden Resolutionen, be-
 treffend achtundzwanzig Arbeiter, Einführung des
 allgemeinen direkten Wahlrechts angenommen.
 Der Ausmarsch nach dem Prater, an welchem
 auch viele Eisenbahnenbedienstete, mit dem soziali-
 stischen Abzeichen geschmückt, theilnahmen, voll-
 zieht sich unter großer Theilnahme der Arbeiter-
 schaft, Kinder hind wenig vorhanden. Vor dem
 Abgeordnetenhaus auf dem Markte, wo mehrere
 Abgeordnete sich den Aufmarsch der Arbeiter an-
 schen wollten, machten die Arbeiter Halt und
 riefen den Abgeordneten zu: „Faulenzer, geht
 nach Hause! Ihr gehört hier in dieses Haus.“
 Es wurde gerufen: „Nieder mit Bader! Nieder
 mit der polnischen Wirthschaft! Hoch das all-
 gemeine direkte Wahlrecht.“ Polizei war auf den
 Straßen wenig zu sehen, Anlaß zum Einschreiten
 lag nicht vor.

Frankreich.

Paris, 1. Mai. Die Radikalen und
 Sozialisten sind während über den Sieg des
 Radikals. Sie bereiten eine heftige Agitation im
 Lande vor und wollen den Sozialismus er-
 neuern mit dem Feldgeschrei: Verfassungsbuch-
 schaft. Bourgeois ist Führer in diesem Kampfe.
 Die gemäßigten Republikaner und die Konser-
 vativen beglückwünschten sich mit dem Sieg des
 Ministeriums, dessen Bestand ihrer Ansicht nach
 nicht für lange gesichert ist und das eine Politik
 der Verhütung und Verhinderung einschlagen wird.
 — Man glaubt, daß Danat aus dem Admiral
 Gervais zum Mitgliede der Gefandtschaft er-
 nennen wird, welche sich zur Krönungsfeier des
 Zaren nach Moskau begeben wird.

England.

London, 1. Mai. Die irische National-
 liga hat an den Präsidenten Krüger ein Gläu-
 bliches Telegramm gerichtet wegen des Sieges
 über Dr. Jameson und seine Anhänger und ihn
 erludt, nicht eher die Gefangenen in Freiheit zu
 setzen, bis auch die Irländer, welche in englischer
 Gefangenschaft schmachten, befreit werden. Prä-
 sident Krüger antwortete durch einen Brief vom
 30. März, worin er seinen innigsten Dank aus-
 spricht, jedoch diese Punkte unberührt läßt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 2. Mai. Wir haben aus der
 borgelegten Stadtverordnetenversammlung
 noch die gelegentlich der Schuldebatte gehaltenen
 noch vorzügliche Rede des Herrn Stadt-
 verordneten Kurz, sowie die Ausführungen der
 Herren Dr. Graßmann und Prof. Dr. Köhlich
 hiermit besonders hervor.
 Herr Stadtverordneter Kurz wendet sich
 gegen die übermäßigen Ansprüche des
 Magistrates bei den Schulbauten. Diese An-
 sprüche gingen über das zulässige Maß hinaus;
 es scheint ihm, als eile man vollständig ufer-
 losen Plänen zu. (Sehr richtig!) Der Herr

